



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/1

2. Januar 1950

Die katholische Kirche schweigt

-dt. Pastor Niemöllers aufsehenerregende Erklärung, dass der Protestantismus eine Schlacht verloren habe, ist von hohen Würdenträgern der evangelischen Kirchen zurückgewiesen worden. Die Reaktionen auf Niemöllers mutigen Ausspruch erfolgten rasch und waren über das ganze Bundesgebiet verteilt. Jedoch, es wäre ein Wunder gewesen, wären diese Dementi ausgeblieben. Um des konfessionellen Friedens willen sind die Kollegen Niemöller verpflichtet, den bisherigen Schein zu wahren. Dieser Schein, seit 1945 bestehend, besagt, dass es zwischen den beiden Konfessionen keine Trübung gebe, ja, dass das freundschaftliche Verhältnis immer inniger werde, ausgehend von dem Gedanken, gemeinsam das während des Dritten Reiches verlorene Terrain zurückzugewinnen. So ähnlich wurde es während der Evangelischen Woche in Hannover dargestellt, der grössten "Heerschau" des Protestantismus im vergangenen Jahr und - etwas weniger ausgeprägt - auch auf dem Katholikentag in Bochum.

Es besteht indessen eine Tatsache, die Niemöller recht gibt, wenn auch nicht in der Form, dass man die Schlacht bereits als verloren betrachtet. Das ist der Beschluss der letzten Tagung des EKD-Rates in Hannover, einen Bevollmächtigten nach Bonn zu entsenden; eine Neuerscheinung im politischen Leben, wie man zugibt, und eine eminent politische Neuerung, wie wir hinzufügen möchten. Dreierlei wird damit zugegeben: erstens, dass man weder durch die bestehenden Parteien, noch durch die Regierung die Interessen der evangelischen Kirche genügend gewahrt sieht; zweitens, dass diese Vernachlässigung der evangelischen Interessen einen Grad erreicht hat, der ein sofortiges Handeln nötig macht und drittens, dass man noch nicht alles für verloren hält.

Dass man zu dieser Erkenntnis bereits drei Monate nach der Errichtung der Bonner Regierung gekommen ist, zeigt, wie weit Niemöllers

"Schlacht" schon gediehen ist. Ein sorgfältiges Studium aller evangelischen Ausserungen zu diesem Thema in den letzten Tagen lässt bei aller Ablehnung der Erklärungen Niemöllers erkennen, zum Teil wird es offen zugegeben, dass man im evangelischen Lager mit der Personalpolitik der Regierung Adenauer alles andere denn zufrieden ist. Der Bundesapparat ist im Aufbau und es wird zugegeben, dass die Deklaration "römisch-katholisch" in den Personalbogen der hohen und auch niederen Bürokratie wesentlich häufiger vorkommt als das evangelische Religionsbekenntnis. Man macht auch kein Geheimnis daraus, dass dem wiedererstandenen CV dabei eine wichtige Rolle zukommt. Es lässt sich nicht leugnen, dass der Protestantismus die Schlacht in den Personalämtern der Bundesrepublik bereits verloren hat. Und das ist eine Schlacht, die in die ferne Zukunft wirkt, denn Beamte pflegen auf Lebenszeit angestellt und nicht bei jedem Regierungswechsel ausgetauscht zu werden.

Superintendent Kunst, der in diesen Tagen als Bevollmächtigter der evangelischen Kirche in Bonn sein Amt aufnimmt, hat kürzlich einiges über seine Aufgabe verlauten lassen. Darin steht nichts, was zu politischen Kombinationen Anlass gäbe. Auch wurde bisher Wert auf die Feststellung gelegt, dass der Bevollmächtigte der evangelischen Kirche nicht mit der Nunciatur zu vergleichen sei. Doch geht man nicht fehl in der Annahme, dass die Vertretung in Bonn eines der wichtigsten politischen Ämter ist, das die evangelische Kirche heute zu vergeben hat. Dass dieses Amt überhaupt besteht, ist nicht nur als Symptom für das Verhältnis zwischen der evangelischen Kirche und dem Staat bedeutsam. Freilich, einen leichten Stand wird Superintendent Kunst nicht haben. Er wird in Bonn keinen katholischen Kollegen vorfinden, denn die Nunciatur ist eine Vertretung des Vatikans, also keine deutsche Einrichtung und ausgestattet mit allen diplomatischen Vorrechten, in dieser Beziehung also schon im Vorteil gegenüber dem Amt Kunst. Superintendent Kunst wird aber einen Bundeskanzler vorfinden, dessen Sohn katholischer Priester ist und der es vom Palais Schomburg bis zum Palais des Kardinals Frings nicht weit hat.

Die katholische Kirche hat bisher zu dem "Vorwurf" geschwiegen, dass sie eine Schlacht gewonnen habe...

Der Eiserner Vorhang um Österreich wird dichter

-n Wien, Anfang Januar

An den Grenzen der Volksdemokratien rings um Österreich ist seit einigen Wochen eine verstärkte Tätigkeit feststellbar: der Eiserner Vorhang wird dichter gemacht. Soll er die kommunistischen Länder von der westlichen Welt vollkommen abschliessen und bewirken, dass der Flüchtlingsstrom von Ost nach West an Minenfeldern, Stacheldrahtverhauen und Wachtürmen sich breche? Oder geht jenseits der Grenzen so Bedeutendes vor sich, dass jedem Neugierigen die Lust genommen werden muss, einen Blick hinter den Vorhang zu werfen? Ungarische Flüchtlinge berichten von einer besonderen Aktivität an der ungarisch-jugoslawischen Grenze. So sollen dort einige Dörfer evakuiert worden sein. Sie sollen von Militär belegt werden, das bisher in der Gegend von Budapest lag. Die Flugplätze, die während des Krieges in diesem Gebiet gebaut und dann aufgelassen wurden, werden jetzt wieder instandgesetzt. Längs der Grenze sollen in Abständen von 300 bis 500 Metern Beobachtungstürme errichtet werden. Sie sind ungefähr 6,5 Meter hoch und mit einem Bunker aus Eisenbeton verbunden.

Ähnliche Vorkehrungen trifft die Tschechoslowakei an der österreichischen Grenze. Entlang der March und westlich von Lundenburg werden Sperren gebaut. Die slowakische Grenzpolizei soll den Auftrag erhalten haben, einen dreifachen Stacheldrahtzaun zu errichten. Diese Nachrichten werden bestätigt durch die bereits begonnenen Bauarbeiten nördlich von Theben bei Pressburg, wo in den letzten Tagen Löcher für Pfähle ausgehoben werden. Bei Lundenburg sieht man kilometerweit Stacheldrahtreihen und "Spanische Reiter". Dazwischen sollen bereits Minen verlegt worden sein. In Entfernungen von ungefähr einem Kilometer entstehen Wachtürme mit Scheinwerferanlagen und Maschinengewehrnestern. Wie der "Wiener Montag" zusätzlich berichtet, wurde den tschechischen Wachmannschaften der Befehl erteilt, gegen Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen. Aber es kommen doch immer wieder Flüchtlinge nach Österreich, wahrscheinlich nicht auf den Wegen, die jetzt so scharf bewacht sind.

Die österreichisch-ungarische Grenze ist zu einer wahren Todesmauer geworden. Mehrere Male erhob die Wiener Regierung Protest gegen die sich täglich verschlimmernden Zustände an der Ostgrenze Österreichs. Seit Monaten ereignen sich dort schwere Unfälle. Kilometer-

weit gibt es Drahtverhaue, Minen liegen dazwischen. Von der slowakischen bis zur jugoslawischen Grenze, über Felder und Landstrassen und Bahngleisen, sogar langs der Friedhöfe zieht sich die "Chinesische Mauer" hin. Die österreichische Regierung hat in Budapest darauf hinweisen lassen, dass das Minenlegen in unmittelbarer Nähe der österreichischen Grenze, und noch dazu unter ungenügenden Sicherheitsbedingungen, gegen das Völkerrecht verstosse. Hingegen verwies man in Budapest darauf, die Explosionen von Minen würden durch Personen verursacht, die aus Ungarn flüchten oder illegal nach Ungarn eindringen wollten. Diese Behauptungen wurden von österreichischer Seite durch zahlreiche Unglücksfälle widerlegt, die sich auch ohne illegale Grenzüberschreitungen ereignet haben. Zahlreiche Österreicher, denen es fern lag, die Grenze zu überschreiten, mussten bereits in diesem Gebiet ihr Leben lassen. Die technische Ausführung der Minensperren ist derart, dass auch wechselndes Wild, z.B. Feldhasen, Explosionen hervorrufen kann. Bei Feldarbeiten ereigneten sich bereits mehrere, z.T. tödliche Unfälle. Das Befahren der Wege zur Feldbearbeitung im Grenzabschnitt Megersdorf (Bezirk Jennersdorf), sowie das Betreten des Schattendorfer Friedhofes ist für die burgenländische Bevölkerung lebensgefährlich. Die Vermunung ist sogar in unmittelbarer Nähe des Eisenbahnkörpers begonnen worden. So können Gegenstände, die aus dem Zuge geworfen werden, oder die Erschütterungen fahrender Züge zum Unglück werden. Die Bevölkerung lebt in ständiger Angst. Immer dichter wird der Eiserne Vorhang.

Bevin nicht zu beneiden

sp. Je mehr sich Aussenminister Bevin seinem Reiseziel, Colombo auf Ceylon, nähert, desto grösser wird der Stapel der Akten in seiner Mappe mit dem Programm für die Aussenministerkonferenz des Commonwealth. Als neueste Meldung erreicht den auf einem Kriegsschiff reisenden Aussenminister Grossbritanniens die Absicht der südafrikanischen Regierung, die kommunistische Partei in Südafrika zu verbieten und die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abzubrechen. Vielleicht wird in Colombo nicht alles so heiss gegessen, wie es in Johannesburg gekocht wird, aber es wird Bevin nicht leicht fallen, mit allen seinen Wünschen durchzukommen. Während seiner Fahrt nach Colombo sind drei weitere wichtige Ereignisse eingetreten, die den Ostasienkomplex betreffen: die Errichtung des selbständigen Staates Indonesien, die An-

erkenntnis des Unabhängigkeitsstatutes für Vietnam innerhalb der Französischen Union und der Beschluss des nationalen Sicherheitsrates der USA, Formosa, die letzte Zuflucht Nationalchinas, "finanziell und technisch" Hilfe zu gewähren. Ein entsprechendes Flottengeschwader ist zu diesem Zweck nach Formosa unterwegs.

Die Umwälzungen in Ostasien in unmittelbarer Nähe des Schauplatzes zu besprechen, ist der Sinn der Konferenz von Colombo. Bevin will dabei seinen Kollegen im Commonwealth plausibel machen, warum er Rot-China und warum er es so schnell anerkennen will. Als Bevin seinen Koffer für Colombo packte, war bekannt, dass die USA von einer Anerkennung Mao Tse Tungs nichts wissen wollen, es war aber noch nicht bekannt, dass das Weisse Haus Tschiangkaischek auf Formosa "finanziell und technisch" helfen wolle. Das erschwert die Absichten, die Bevin mit der Konferenz von Colombo verbindet, denn die internationalen und bis in die UNO-Ausschüsse greifenden Auswirkungen einer getrennten, ja gegensätzlichen Politik Englands und Amerikas in Ostasien werden, vom europäischen Standpunkt gesehen, vor allem das Ergebnis haben, dass Sowjetrussland davon profitiert. Indessen, Bevins Absichten sind von wirtschaftlichen Erwägungen diktiert. England braucht den chinesischen Markt, der der englischen Industrie dank der amerikanischen Zurückhaltung offener denn je sich darbietet und wenn es ums Geschäft geht, fallen bei den Engländern viele Erwägungen weg, die sonst grosses politisches Gewicht haben. Freilich muss Bevin in Kauf nehmen, dass mit dem Geschäft auch der kommunistischen Infiltration das Tor geöffnet wird. Das ist die Kehrseite des Chinageschäftes; vielleicht vermag Bevin seine Kollegen, die nicht alle mit der gleichen Bereitwilligkeit wie er nach Colombo kommen, Rot-China anzuerkennen, davon zu überzeugen, dass Mao Tse Tung kein Gottwald, sondern ein Tito sei.

Mehr Zustimmung wird Bevin in Colombo für seine Zurückhaltung finden, mit der er die Politik General MacArthur's in Japan ansieht.

Das Weisse Haus betrachtet heute, da die Landkarte Chinas bis herunter an die Südküste rot geworden ist, Japan mit anderen Augen als vor vier Jahren. Das Verhalten gegenüber Formosa, das ja bis 1945 eine japanische Insel war, ist nur eine logische Ergänzung dieser Politik, die in Japan heute strategische Möglichkeiten für ein Bollwerk gegen den Kommunismus sieht, möglicherweise sogar eine Ausgangsbasis für ein Zurückdrängen der roten Flut. Auf jeden Fall sieht der US-Entwurf für einen Friedensvertrag mit Japan etwas anders aus als das Konzept

Neuseelands und Australiens, die noch nicht vergessen haben, dass sie eines plötzlichen Tages - es war der Tag von Pearl Harbour -

sich einer japanischen Bedrohung gegenübersehen. Diese Sicherheits-erwägungen der Nachbarn Japans im Stillen Ozean begegnen sich mit

den englischen Befürchtungen und Erwägungen um eine japanische Konkurrenz auf den asiatischen Märkten - alle diese Befürchtungen und

Erwägungen zusammen aber stossen sich hart im Raum mit den amerikanischen Plänen.

Mr. Bevin ist um seine Aufgabe in Colombo nicht zu beneiden. Denn was er auch aus Colombo mit nach Haus bringt, er findet in Lon-

don eine Opposition vor, die zum Wahlkampf ausholt und jeden ausen-politischen Schritt unter dem Aspekt einer innerpolitischen Verwer-

tung gegen die Labour-Regierung betrachtet. Und man kann die jüngsten Ereignisse in Ostasien von vielen Seiten betrachten. Eines

steht aber fest, dass die Zeit dort zunächst für Moskau arbeitet.

Nachrichten aus der Ostzone:

Kultur-Demontage

Aus dem zwischen Schleiz und Saalburg gelegenen Schloss Burgk haben Spezialkommandos der Roten Armee die letzten Reste der teilweise sehr wertvollen Gemälde abgeholt. Die erste Plünderung hatte 1946 stattgefunden. Das Schloss, das heute "Volkseigentum" ist, galt als Museum der thüringischen Heimatgeschichte. Jetzt finden keine Führungen mehr statt. Die leeren baulichen Anlagen verkommen, da Instandsetzungs- und Ausbesserungsarbeiten nicht mehr vorgenommen werden.

*

Neue Aufgabe für die Ostlehrerschaft

sp. Anlässlich eines Besuches des Kommentators vom Berliner Rundfunk, Herbert Gessner, auf der Karl-Marx-Schule, der SED-Parteihochschule, wurde die Frage der Wiederaufrüstung diskutiert. In diesem Kreise fiel auch das Wort von der Wehrhaftmachung der deutschen Jugend. Der Chemnitzer Schulrat Scharwohl erklärte, die Schulerziehung müsse mehr nach dem Gesichtspunkt der "Wehrhaftmachung" ausgerichtet werden. Zu diesem Zwecke müssten SED-Lehrerzirkel eingerichtet werden, die nicht nur in der Schule, sondern auch in der Öffentlichkeit und in den SED-Wohngruppen in Erscheinung treten müssten.
